

Sitzungsvorlage-Nr. 50/3741/XVI/2020

| Gremium | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------------|-----------------------|-------------------|
| Sozial- und Gesundheitsausschuss | 13.02.2020 | öffentlich |

Tagesordnungspunkt:**Information über die Teilnahme an der Landesinitiative "Endlich ein Zuhause"****Sachverhalt:**

Der Ausschuss wurde bereits in der Sitzung am 11.09.2019 unter TOP 11.1, Vorlage 50/3423/XVI/2019, über die Teilnahme des Caritasverbandes Rhein-Kreis Neuss und des Sozialdienstes Katholischer Frauen Neuss an der Landesinitiative zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen „Endlich ein ZUHAUSE“ informiert.

Zwischenzeitlich sind beide Projektanträge angenommen worden.

- Dem Caritasverband wurde für den Zeitraum 29.11.2019 – 15.12.2020 eine Gesamtzuwendung in Höhe von 264.502,87 € bewilligt. Wesentliche Projektbausteine sind die Ausweitung der Beratung vor Ort durch Einrichtung einer Kontaktstelle in Dormagen sowie eine Kooperation mit dem Neusser Bauverein zur Wohnraumsicherung (mobile Wohnberatung).

Der vom Caritasverband zu leistende Eigenanteil beträgt 18.900,32 € (3.401,27 € für 2019 und 15.499,05 € für 2020). Die CaritasSozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH hat mit Schreiben vom 17.12.2019 die Übernahme des Eigenanteils beantragt.

- Die Bewilligung für das Projekt des Sozialdienstes Katholischer Frauen Neuss (SKF), das speziell auf Bedürfnisse wohnungsloser Frauen eingeht, beläuft sich auf 97.630 €. Der Trägeranteil beträgt hier 10.314 €; Antrag vom 27.01.2020.

Der Rhein-Kreis Neuss wurde im Juni 2019 vom zuständigen Sozialministerium ausdrücklich um Teilnahme an der Landesinitiative gebeten. Die Projektanträge des Caritasverbandes und des SKF erfolgten auf Wunsch des Kreises; den Trägern wurde die Co-Finanzierung zugesichert. Die Konzepte sind den kreisangehörigen Kommunen zugeleitet und von diesen begrüßt worden.

Für die Übernahme der Trägeranteile werden insgesamt 29.214,32 € benötigt. Mittel hierfür stehen innerhalb des Budgets Wohlfahrtspflege (050.331.010 – 53180120) zur Verfügung. Die Verwaltung wird entsprechend der gegebenen Zusicherung co-finanzieren.

Beschlussempfehlung:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.